


Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2026

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	19:18 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Mroß
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Änderung der Stellvertretung des stimmberechtigten Mitglieds des Stadelternbeirates Kita im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" BE: Herr Keske, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	0121/26
3.2.	Änderung der Besetzung für die Fraktion Die Linke in den Unterausschüssen des Jugendhilfeausschusses BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	0138/26
4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 5.1. | Erstellung einer Stadtratsvorlage zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend | 2787/25 |
| 5.1.1. | Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2787/25 - Erstellung einer Stadtratsvorlage zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 | 0158/26 |
| 5.2. | Änderung der Besetzung der Stellvertreter der Verwaltung des Jugendamtes in den Unterausschüssen "Hilfen zur Erziehung" und "Kinder-, Jugend- und Familienförderung"
BE: Leiter des Jugendamtes | 2929/25 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend | 2840/25 |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend | 2981/25 |
| 7. | Informationen | |
| 7.1. | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes | |
| 7.2. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste. Er informierte den Ausschuss darüber, dass Frau Langguth, die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit an der Sitzung teilnahm.

Zu Beginn der Sitzung waren 13 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Mroß begrüßte ein neugewähltes Ausschussmitglied, sowie die neugewählten Stellvertreter für den Stadtjugendring Erfurt. Ebenso wurde der neue Vorstand des Stadelternbeirates von dem Ausschussvorsitzenden willkommen geheißen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lag ein dringlicher Antrag in Drucksache 0121/26 - Änderung der Stellvertretung des stimmberechtigten Mitglieds des Stadelternbeirates Kita im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" vor.

Die Dringlichkeit wurde bestätigt, der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit 13 Ja-Stimmen einstimmig bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Ein weiterer dringlicher Antrag in Drucksache 0138/26 - Änderung der Besetzung für die Fraktion Die Linke in den Unterausschüssen des Jugendhilfeausschusses lag vor.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit zwölf Ja-Stimmen und einer Enthaltung bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Weiter sollte der Tagesordnungspunkt 6.1 in 2840/26 - Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten – gemeinsam mit TOP 5.1 in Drucksache 2787/25 - Erstellung einer Stadtratsvorlage zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 - auf Grund des thematischen Zusammenhangs beraten werden.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt mit Änderungen

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Änderung der Stellvertretung des stimmberechtigten Mitglieds des Stadtelternbeirates Kita im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" 0121/26
BE: Herr Keske, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" (Anlage zur Drucksache 0145/25; Mitglied nach Beschlusspunkt 1d) wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
Herr Eric Keske	alt: Frau Margarita Reißig Cajamarca neu: Frau Ariane Dombrowsky	alt: N.N neu: Herr Christian Thierfelder

- 3.2. Änderung der Besetzung für die Fraktion Die Linke in den Unterausschüssen des Jugendhilfeausschusses 0138/26
BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Die Besetzung im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen (Anlage zur Drucksache 0145/25; Mitglied nach Beschlusspunkt 1a) wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
neu: Frau Tina Fuhrmann alt: Herr Björn Schröter	neu: Herr Dr. Steffen Kachel alt: Frau Katja Maurer	neu: Herr Benjamin Kaskel-König alt: N.N.

02

Die Besetzung im Unterausschuss Kinder-, Jugend- und Familienförderung (Anlage 1 zur Drucksache 2566/25; Mitglied nach Beschlusspunkt 1a) wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
neu: Herr Björn Schröter alt: Frau Tina Fuhrmann	neu: Herr Dr. Steffen Kachel alt: N.N.	neu: Frau Tina Fuhrmann alt: N.N.

03

Die Besetzung im Unterausschuss Hilfen zur Erziehung (Anlage 1 zur Drucksache 2550/25; Mitglied nach Beschlusspunkt 1a) wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
Herr Benjamin Kaskel-König	neu: Herr Dr. Steffen Kachel alt: N.N.	neu: Herr Björn Schröter alt: N.N.

4. Einwohnerfragestunde

Vor Beginn der Redebeiträge, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, um die Abstimmung über das Rederecht für die anwesenden Gäste.

bestätigt Ja. 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Geschäftsführer des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) bedankte sich für die Möglichkeit im Ausschuss sprechen zu dürfen. Der CJD widme sich bundesweit der Unterstützung in den Bereichen Bildung und sozialer Arbeit.

Die Schulleiterin der staatlich anerkannten CJD Christopherusschule, mit Standort Havan-naer Straße, erläuterte die Problemlage. Seit 34 Jahren begleitet der Lehrkörper Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt geistiger Entwicklung. Aktuell werden 128 Schülerinnen und Schüler beschult, die Warteliste sei sehr lang.

Die hier beschulten Kinder und Jugendlichen, welche zum Teil aus einem überaus vulnerablen Umfeld stammen, benötigen – wie die betroffenen Familien – neben alltäglicher Hilfe Unterstützung in Krisensituationen.

Dieser zusätzliche Bedarf sei seit 2020 angestiegen und könne nicht mehr von dem Lehrpersonal abgedeckt werden. Diese Bedarfe liegen in den Bereichen Suchtproblematik, Schulabstinenz, Krisenbewältigung und Kindeswohlgefährdung. Es wurden seitdem neun Bedarfsanmeldung für Schulsozialarbeiter gestellt, jedoch bisher immer abgelehnt.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, bat um die Gründe der Ablehnung. Darauf konnte ein Sachbearbeiter der Jugendhilfeplanung wie folgt antworten. Auch das Jugendamt sehe das Anliegen als berechtigt, jedoch gäbe es aktuell keine freien Kapazitäten. Von ca. 80 Schulen seien 44 Schulen mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Dafür gab es keine konkreten Entscheidungen im Unterausschuss, dieser, sowie der Jugendhilfeausschuss sei jedoch immer angebunden an die Themen und konnten durch Interessensbekundungen die Verteilung mit lenken. Bisher traf die Verwaltung die Entscheidung der Zuordnung. An den 44 Schulen habe man 45,75 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) eingesetzt, teilweise mehr als die Mindestausstattung vorsehe. Es sei einem Schulsozialarbeiter bisher nicht erlaubt an mehr als einer Schule tätig zu sein, der Einsatz eines Schulsozialarbeiters sei zeitlich nicht begrenzt und bestehe bis der Bedarf an der Einrichtung abgeschlossen sei.

Finanziell sehe die aktuell geltende Förderrichtlinie eine finanzielle Beteiligung in Höhe von zehn Prozent seitens der Kommunen vor, anstatt die Landesmittel weiter auszubauen. An der künftigen Verteilung der Ressourcen und die Priorisierung werde gearbeitet, das erste Treffen der Arbeitsgruppe mit Schwerpunkt Schulsozialarbeit sei für den 21.01.2026 angesetzt.

Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) teilte dem Ausschuss mit, dass die Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit laute, dass ein Schulsozialarbeiter für 150 bis 180 Kinder zuständig sein sollte und nicht wie bisher für 300 und höher.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss folgenden Sachverhalt zur Prüfung an den zuständigen Unterausschuss Jugend- und Familienförderung weitergibt:

Der Ausschuss gibt den Auftrag an den Unterausschuss Kinder-, Jugend- und Familienförderung, sich mit den Verteilungsmechanismen der Ressourcen der Schulsozialarbeit im Zuge der Evaluierung des bestehenden Förderplanes zu beschäftigen. Des Weiteren sind Vorschläge für die zukünftige Handhabung der Verteilung der VbE sowie dafür notwendige Kriterien zu erarbeiten.

Bezugnehmend auf die Einwohneranfrage im JHA am 15.01.2026 sind die aktuellen Mechanismen der Zuteilung von Ressourcen der Schulsozialarbeit zu untersuchen und daraus abgeleitet dem Jugendhilfeausschuss eine Empfehlung für die zukünftige Verteilung vorzulegen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Erstellung einer Stadtratsvorlage zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030** **2787/25**
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, erläuterte den vorliegenden Antrag in Drucksache 2787/25 und den dazugehörigen Änderungsantrag in Drucksache 0158/26.

Herr Edom (Vertreter des Diakonischen Werkes und Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen) erläuterte den anwesenden Ausschussmitgliedern die mittelfristige Bedarfsplanung¹ der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030.

Die zuständige Sachbearbeiterin für Jugendhilfeplanung ergänzte die Erläuterungen zu den Bedarfsplanzahlen² je Kindertageseinrichtung mit Stand vom 13.11.2025.

Laut des § 20 Thüringer Kindergartengesetzes sei die einjährige Bedarfsplanung als Grundlage der Finanzierung zu betrachten, so äußerte Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, und bat um die Einschätzung zu den Konsequenzen der Nichterfüllung der Bedarfsplanung.

Die zuständige Mitarbeiterin des Jugendamtes betonte, dass zwar keine gesetzliche Vorgabe für diese Planung bestehe, es jedoch für die strategische Entwicklung sehr sinnvoll sei.

¹ Anlage 1 – Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030

² Anlage zur Anlage 1 - Bedarfsplanzahlen je Kindertageseinrichtung (Stand: 13.11.2025)

Des Weiteren bat Herr Mroß um eine kurze Erläuterung zu der Finanzierung von freierwerdenden Räumen. Die Jugendamtsmitarbeiterin erklärte, dass eine multifunktionale Nutzung angestrebt werde. Siehe Seite 52 der Anlage 1¹, integrierter Ansatz in der Kinder- und Jugendhilfe.

Frau Butt, Fraktion SPD & PIRATEN, merkte an, dass die Prognose für 2025 nicht mit tatsächlichen Geburtenzahlen übereinstimmen könne. Wie groß sind die Abweichungen? Und wie verhält sich dazu der Personalschlüssel? Die konkreten Daten stehen erst im April des Folgejahres zur Verfügung, man gehe davon aus, dass die Ist-Zahlen für 2025 circa 100 Geburten unter der Prognose liegen, erläuterte die Verwaltung.

Laut Herrn Edom (Vertreter des Diakonischen Werkes und Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen) seien zum März 2025 circa 100 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) nicht besetzt, der Personalschlüssel in den KITAs wäre somit nicht erfüllt
Herr Trier, Leiter des Jugendamtes, erklärte, dass das Personal entsprechend des Bedarfs eingesetzt werde. Es sei kein Personalüberhang zu vermuten, merkte Herr Mroß an. Dem konnte Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) zustimmen. Arbeitsverträge werden befristet, man agiere vorsichtig.

Eine weitere Nachfrage stellte die sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ob der Personalschlüssel mit dem fehlendem Personal eingehalten werden konnte? Darauf erwiderte der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend, dass die Minimalregelung des Landes eingehalten werde.
Herr Mroß kritisierte, dass sich die qualitativen Bedarfsermittlungen (siehe Seite 29) – neben dem minimal gehaltenen Personalschlüssel – deutlich verschlechtert hätten. Die aktuellen Zahlen der Erzieher in Ausbildung sei dazu ebenfalls gesunken und bedeute perspektivisch zukünftige Personalprobleme.

Laut Herrn Trier müsse die Wirtschaftlichkeit einer Einrichtung ebenfalls beachtet werden, man bevorzuge eine Verkleinerung der Einrichtung, vor einer Schließung. Auch habe man bereits zu betroffenen Einrichtungen Trägergespräche geführt.

Frau von Wrede, Fraktion CDU sah den Änderungsantrag in Drucksache 2981/25 rechtlich und finanziell bedenklich, man müsse zwingend die Stellungnahme der Verwaltung abwarten. Dem stimmte Herr Trier zu, eine Prüfung sei kurzfristig nicht möglich gewesen. Dagegen befürworteten die sachkundigen Bürgerinnen der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und Mehrwertstadt den Änderungsantrag.

Vor der Abstimmung informierte die Verwaltung den Ausschuss über den prüfungswürdigen Verdacht der Befangenheit nach § 7 der Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses einiger Ausschussmitglieder. Dies kritisierte der Ausschussvorsitzende deutlich. Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete des Dezernates für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, wies darauf hin, dass dies als legitime Information zu betrachten und erörterungsbedürftig sei.

Abschließend fragte der Ausschussvorsitzende nach Vertagungswünschen bezüglich der Entscheidungsvorlage in Drucksache 2840/25 und dem dazugehörigen Änderungsantrag in Drucksache 2981/25.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Des Weiteren fragte Herr Mroß nach Änderungswünschen zu dem Änderungsantrag in Drucksache 0158/26. Frau von Wrede wies daraufhin, dass die Erwähnung des Kita-Moratoriums im Beschlusspunkt 05 nicht erklärbar sei. Der Wortlaut auf Seite 2 des Antrages, Beschlusspunkt 5, zweiter Satz „, **um während der Laufzeit eines Moratoriums**“ wurde durch den Einreicher ersatzlos gestrichen.

Weitere Änderungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellte den geänderten Antrag zur Abstimmung:

mit Änderungen beschlossen

Beschluss

01

Die in der Anlage 1³ befindliche mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 wird beschlossen.

02

Der Stadtrat stellt fest, dass die mittelfristige Bedarfsplanung nicht alleinstehend betrachtet werden kann. Zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung benötigt es Maßnahmen zur Sicherung der Qualität, Flexibilisierung der Einrichtungen, zur besseren Förderung der Kinder und ihrer Bedarfe sowie zur Sicherung des Personals und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

03

Ziel der Stadt Erfurt ist es, eine bedarfsgerechte Infrastruktur der frühkindlichen Bildung in den Stadtteilen und Planungsräumen inklusive der vorhandenen Trägervielfalt langfristig zu erhalten und die vorhandenen Personalstellen für die pädagogischen Fachkräfte sicher zu stellen.

04

Der Jugendhilfeausschuss wird beauftragt, ein Maßnahmenkonzept auf Grundlage der mittelfristigen Bedarfsplanung zu entwickeln sowie dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Konzept soll folgende Punkte beinhalten:

- die Betrachtung der qualitativen Bedarfsplanung sowie Personalsituationen zur Sicherstellung dieser und die Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Bericht Kinder- und Jugendgesundheit in Erfurt, um den Kindern die notwendige Förderung zukommen zu lassen, die sie benötigen
- Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, insbesondere der Platzkapazitäten und Schaffung einer möglichen Flexibilisierung bei sich ändernden Bedarfslagen
- Personalentwicklungsstrategien für pädagogische Fachkräfte

³ Anlage 1 zur Beschluss Nr 2787/25 ist der Niederschrift beigelegt.

- die Entwicklung von Ideen und möglichen Konzepten zur alternativen Nutzung von derzeit nicht vollständig benötigten Teilen der Gebäude und Grundstücke der Kindertageseinrichtungen
- eine Bewertung bestehender Kapazitäten, inkl. Sanierungs-, Investitions- und Modernisierungsbedarfsplanung
- eine quartiers- und stadtteilbezogene Betrachtung der Bedarfslage

05

Während der Entwicklung des Konzeptes werden die aktuell vorgehaltenen Personalstellen (Stichtag angelehnt an Tag der Beschlussfassung der Drucksache) der Träger auf begründeten Antrag gesichert. Hierzu entwickelt die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss Kriterien bis zum 31.12.2027 weiteren (nicht Alters- oder aus persönlichen Gründen durchgeführten) Personalabbau zu verhindern und bei den Trägern zur Stärkung der Qualität frühkindlicher Bildung abzusichern und diese zu finanzieren. Nach einem Jahr werden die Maßnahmen evaluiert.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Thüringer Landesregierung – insbesondere dem für Kindertagesbetreuung zuständigen Fachministerium – auf die Entwicklung einer landesweiten Lösung zur finanziellen Absicherung der Kindertagesbetreuung in Phasen rückläufiger Kinderzahlen hinzuwirken und sich für eine angemessene Beteiligung des Landes an den durch das kommunale Kita-Personal-Moratorium entstehenden Mehraufwendungen einzusetzen. Über die Ergebnisse der Gespräche ist dem Jugendhilfeausschuss bis spätestens 31.12.2026 erstmals zu berichten.

- | | | |
|--------|--|---------|
| 5.1.1. | Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2787/25 - Erstellung einer Stadtratsvorlage zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 | 0158/26 |
|--------|--|---------|

bestätigt mit Änderungen Ja 9 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0

- | | | |
|------|--|---------|
| 5.2. | Änderung der Besetzung der Stellvertreter der Verwaltung des Jugendamtes in den Unterausschüssen "Hilfen zur Erziehung" und "Kinder-, Jugend- und Familienförderung"
BE: Leiter des Jugendamtes | 2929/25 |
|------|--|---------|

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Besetzung der Vertreter der Verwaltung des Jugendamtes im Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
Herr Olaf Hopfgarten	alt: N.N. neu: Frau Katja Dieck	N.N.
Frau Bettina Wolff	Frau Daniela Krieger-Meier	N.N.

02

Die Besetzung der Vertreter der Verwaltung des Jugendamtes im Unterausschuss „Kinder-, Jugend- und Familienförderung“ wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
Herr Olaf Hopfgarten	alt: N.N. neu: Frau Katja Dieck	N.N.
Herr Rick Lepa	Herr René Deutschendorf	N.N.

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2840/25
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

vertagt

6.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2981/25
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Wurde unter TOP 5.1. behandelt.

vertagt

7. Informationen

7.1. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.) BE: Leiter des Jugendamtes

Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) bat um nähere Informationen zu einem Brand im Familien Zentrum am Anger.

Dazu konnte Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit Stellung nehmen. Dieser Vorfall ereignete sich am 05.01.2026 im Familien Zentrum und der Jugendkunstschule am Anger. Die Brände konnten rechtzeitig gelöscht werden, Beratungsgespräche sowie der Austausch mit der Polizei laufen.

Der Amtsleiter des Jugendamtes, Herr Trier, informierte den Ausschuss über fünf gefasste jugendhilferelevante Beschlüsse aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2025:

- die Drucksache 2609/25 – 2. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 – 2027 (Einreicher: Oberbürgermeister) – wurde in Fassung des Antrags des Jugendhilfeausschusses in Drucksache 2871/25 beschlossen.
- die Drucksache 2864/25 – Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 bis 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenaufwertung der Jugendverbandsarbeit (Einreicher: Jugendhilfeausschuss) wurde beschlossen.
- die Drucksache 2868/25 – Erfurt ist kinderfreundliche Landeshauptstadt (Einreicher: Jugendhilfeausschuss) – wurde beschlossen.
- die Drucksache 1981/25 – Maßnahmen zum Hitzeschutz in Erfurter Kindergärten umsetzen (Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – wurde in Fassung des Änderungsantrags in Drucksache 2888/25 beschlossen.
- mit der Drucksache 2857/25 – Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und mehrerer Stellvertreter für den Stadtjugendring Erfurt in den Jugendhilfeausschuss – wurden für das stimmberechtigte Mitglied Herrn Konstantin Fuchs als 1. Stellvertreterin Frau Anja Pleitz und als 2. Stellvertreterin Frau Annika Neubert in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Zudem wurden als stimmberechtigtes Mitglied Herr Roman Pastuschka, als 1. Stellvertreterin Frau Josefine Leipold und als 2. Stellvertreterin Frau Lewia Gerlinger in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

In der Folgesitzung am 18.12.2025 wurde zwei jugendhilferelevante Beschlüsse gefasst:

- die Drucksache 2869/25 – 8. Änderungssatzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Erfurt (Einreicher: Jugendhilfeausschuss) – wurde einstimmig beschlossen.
- die Drucksache 2870/25 - Aufnahme des „Erfurter Fanprojektes“ in den Kinder- und Jugendförderplan (Einreicher: Jugendhilfeausschuss) – wurde ebenfalls beschlossen.

Weiterhin sei angemerkt, dass die Drucksache 2401/25 – Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026/2027 – mit den Haushaltsstellen des Jugendamtes und den vier Haushaltsbegleitanträgen des Jugendhilfeausschusses mit Änderungen beschlossen wurde.

7.2. Sonstige Informationen

Die Referentin des Sitzungsdienstes erinnerte den Ausschuss an die notwendige Rücksendung der Dokumente zum digitalen Versand der Einladungen.

Herr Mroß informierte über eine Einladung der katholischen und evangelischen Jugend Erfurt zum ökumenischen Neujahrsempfang am 27.1.2026 18:00 Uhr in den Wigbertsaal, um Rückmeldung wird gebeten.

Eine Mitarbeiterin des Jugendamtes informierte den Ausschuss darüber, dass seit dem 14.01.2026 die Förderrichtlinien für den Bereich der Jugendhilfe entsprechend der Drucksache 1677/24 auf der Website der Stadtverwaltung zur Verfügung steht. Die Träger erhalten eine separate Information per email seitens des Jugendamtes.

Abschließend bat Herr Mroß den Ausschuss die geführte Debatte als sachlich zu betrachten und entschuldigte sich, sollte sich jemand persönlich angesprochen gefühlt haben. Der Ausschussvorsitzende schloss den Tagesordnungspunkt, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Er verabschiedete die Gäste und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin